

Bezugspreis
Wert jährlich
im Stab, Oct-
und Nachbarsch-
werke Nr. 2.70,
außerhalb Nr. 2.80
einschließlich
der Postgebühren.
Die Einzelnummer
des Monatsheftes 10 P.
Erscheinungswort
täglich, mit Aus-
nahme der Sonn-
und Festtage. 2
Gegründet 1877.



Anzeigenpreis
Die 10spaltige Zeile
über deren Raum
30 Pfennig. Die
Restameile über
deren Raum 45
Pfennig. 2 Bei
Wiederholungen
unveränderter An-
zeigen entsprechende
der Rabatt. Bei
gerichtlicher Ein-
treibung und Kon-
trollen ist der
Rabatt rückfällig.
Veransprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 156 Druck und Verlag in Nittenfels. Mittwoch, den 9. Juli. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1918.

Das Zündwarensteuergesetz.

Der Entwurf eines Zündwarensteuergesetzes zieht eine Erhöhung der Steuer auf Zündwaren vor sowie eine Heranziehung der Feuerzeuge zur Besteuerung. Die Zündwarensteuer für Zündhölzer und Zündkerzen soll betragen:

1. für Zündhölzer und Zündspäne, ferner für Zündhütchen aus Strohhalmen, Papp oder sonstigen Stoffen
 - a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von weniger als 30 Stück 2 Pfennig und mit einem Inhalt von 30 bis 60 Stück 3 Pfennig für jede Schachtel oder jedes Behältnis.
 - b) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 60 Stück 3 Pfennig für 60 Stück oder einen Bruchteil davon;
2. für Zündkerzen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen
 - a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit 20 oder weniger Zündkerzen 10 Pfennig für jede Schachtel oder jedes Behältnis,
 - b) in größeren Packungen für je 20 Zündkerzen oder einem Bruchteil davon 10 Pfennig.

Die neuen Steuerätze bedeuten eine Verdoppelung der bisherigen Zündwarensteuer, durch die sich die Steuer, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, wenn man den Durchschnitt der Rechnungsjahre 1912 und 1913 zugrundelegt, von 0,34 auf 0,68 Mark erhöhen kann.

Eine Begrenzung der Zündholzerzeugung muß insbesondere zum Schutze der kleinen Fabriken, auch in der Folge erstrebt werden. In der Zeit bis zum 1. Oktober 1924 soll infolgedessen eine Erhöhung der Zündwarensteuer um 10 v. H. für solche Zündhölzer und Zündkerzen eintreten, die in erst nach dem 30. September 1914 betrieblich gewordenen Fabriken hergestellt sind. Ausnahmen kann der Staatenausschuß zugunsten derjenigen vor dem 1. Oktober 1914 im Leben getretenen Fabriken zulassen, die bisher noch keine Zündhölzer, dagegen sowohl Zündholzdruck als auch Zündholzschachteln herstellen und zur Erzeugung feuerfähiger Zündhölzer übergehen oder übergegangen sind.

Neben den Zündhölzern und Zündkerzen sollen in der Folge auch Feuerzeuge für Angestellte, selbst wenn sie, um gebrauchsfähig zu werden, mit Zündmetall, Dose oder ähnlichen Teilen versehen werden müssen, zur Steuer herangezogen werden, sowie ferne Zündhütchen und Zündhütchen aus Jerezien oder anderem Zündmetall. Dabei ist auf einen Steueratz von 1,50 Mark bei Feuerzeugen mit Zündvorrichtungen aus Jerezien oder anderem Zündmetall, von 3 Mark für sonstige Feuerzeuge gegrieffen worden. Dazu kommt der Steueratz für Zündhütchen und Zündhütchen von 50 Pfennig für 1 Gramm Zündmetall, eine Befassung, die die Zündfähigkeit eines brauchbaren Feuerzeuges gegenüber den Zündhölzern auch nicht annähernd deckt.

Der Rückgang im Verbrauch von Zündhölzern wird bei einer Verdoppelung der bisherigen Steuer kaum mehr als 5 v. H. betragen, so daß man mit einem Ergebnis der Steuer von 41 1/2 Millionen Mark rechnen kann. Der Abzug von Feuerzeugen wird rege bleiben, zunächst sogar — weil die Versorgung in letzter Zeit sehr gering gewesen sein wird — ganz erheblich sein, so daß man auf einen jährlichen Abzug von über 3 Millionen Stück im Steuerwert von etwa 5 000 000 Mark wird rechnen können, wozu etwa 6 000 000 Mark Steuer auf das Zündmetall kommt. Nach vorsichtiger Schätzung wird man mithin den Gesamtverzug mit etwa 50 Millionen Mark im Jahre ansehen können, gegenüber einem bisherigen Ergebnis der Zündwarensteuer von etwa 22 Mill. Mark.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 7. Juli.
Die Nationalversammlung beriet heute die wichtigen Abschnitte 5 und 6 des Verfassungs-Entwurfs über die Reichsgesetzgebung und die Reichsverwaltung. Einen breiteren Raum nahmen dabei die Beratungen über die Volksabstimmung und über die Vereinheitlichung der Post und der Eisenbahn ein. Trotz kräftigen Anlaufs der Sozialdemokraten, die das Referendum erweitert wissen wollten, blieb es bei den Ausführenträgen. Wesentlich größere Gegenätze fanden sich bei den Einheitsbestrebungen in bezug auf die Post, wo Einschränkungen durch den bayer. Gesandten angekündigt werden; auch von sozialdemokratischer Seite wird eine ge-

wisse Selbstständigkeit der Landesverwaltungen gewünscht, weshalb das Recht des Reichspostministers zur selbständigen Erlassung von Verordnungen gestrichen wird. Erfreulicherweise werden dagegen die Artikel über die Reichseisenbahnen unverändert angenommen.

Sitzungsbericht.

Im Regierungssaal Dr. Preuß.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr. Der Abgeordnete Thomßen (bei keiner Fraktion) aus dem 14. Wahlkreis (Schleswig Holstein) hat sein Mandat niedergelegt.
Das Haus legt die Beratung beim 5. Abschnitt über die Reichsgesetzgebung
Artikel 69: Die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstags eingebracht, fort.
Die Abg. Frau Agnes (U.S.P.) beantragt: Der Reichswirtschaftsrat beteiligt sich an der Gesetzgebung nach den Bestimmungen der Verfassung. Im übrigen wird reichsgesetzlich die Teilnahme der Arbeiterräte an der Gesetzgebung geregelt.
Abg. Braß (U.S.P.) vermischt in Artikel 69 entsprechend dem Antrag Agnes, daß auch der Reichswirtschaftsrat das Recht zur Einbringung von Gesetzesvorlagen haben soll.
Die Abstimmung über den Antrag Agnes bleibt infolge Nichtbeschlußfähigkeit zweifelhafte. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 3 Uhr an in der Hoffnung, daß bis dahin die erforderliche Anzahl von Mitgliedern erscheint.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.05 Uhr. Die wiederholte Abstimmung über den Antrag Agnes ergibt seine Ablehnung. Die Artikel 73 und 74 treffen Bestimmungen über die Verkündung der Reichsgesetze und die Volksabstimmung.
Abg. Dr. Helzge (D.D.P.) beantragt, die Artikel 73 und 74 zu streichen.
Abg. Kauer (E.) beantragt für Artikel 74 die Fassung: Ein Gesetz ist dem Volkentscheid zu unterbreiten, wenn ein Antrag der Stimmberechtigten binnen zweier Monate nach der Schlussabstimmung im Reichstag es fordert.

Abg. Helzge (D.D.P.): Der Ausschuss hat gegenüber der Beratung die Möglichkeit des Referendums erheblich erweitert, das dadurch eine geordnete Gesetzgebung unter Umständen völlig unmöglich.
Abg. Dr. Deibitz (D.natl.Sp.): Ein Teil meiner politischen Freunde wird in der Absicht, die Initiative des Reichspräsidenten zu stärken, für den ersten Satz des Artikels 74 stimmen. Den dritten Teil dagegen, das Volksbegehren, lehnen wir einmütig ab.

Reichskommissar Dr. Preuß: Hauptfrage bleibt die einfache Klarheit der Verfassung. Durch parlamentarische Arbeit wird tatsächlich die Ueberläßt häufig erreicht. Also ist es zum Referendum nicht kommen, weil doch eine große Stimmgahl verlangt wird, doch wird die Unruhe nicht unbedeutend sein. Sie haben es ja erlebt, je kleiner die Minderheit, desto rabiatier die Majorität. (Sehr richtig! Heiterkeit.)
Abg. Koch-Kaiser (D.D.P.): Die Autorität der Demokratie wird nicht von allen Seiten anerkannt. Deshalb ist die Stimme des Volkswillens in ihren Ursprüngen zu erfassen.
Abg. Kohn (U.S.P.): Der Volkentscheid bedeutet keinen neuen Gedanken, aber er ist ein wichtiges Mittel für die Politisierung der Massen.

Abg. Dr. v. Deibitz (D.natl.Sp.): Das Volksbegehren lehnen wir ab, weil es sich hierbei in der Regel um Dinge handelt, die in der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend erörtert sind und nicht eingehend geprüft wurden.
Abg. Hausmann (D.D.P.): Die eben geäußerte Befürchtung haben auch wir empfunden. Wir haben deshalb eine besonders vorläufige Form der Behandlung vorgeschlagen.
Artikel 73 und 74 werden unter Ablehnung aller Anträge unverändert angenommen.

In Artikel 75 beantragen die Sozialdemokraten Volkentscheid auch für in Fall, daß der Reichstag in drei aufeinanderfolgenden Perioden zum drittenmal ein Gesetz gegen den Einspruch des Reichsrats beschloffen hat. Nach kurzer Begründung wird der Artikel 75 angenommen.
Es folgt die Beratung des fünften Abschnittes
die Reichsverwaltung.

Die Artikel 76 bis 87 werden ohne Erörterung angenommen. Der Artikel 88 betrifft die
Vereinheitlichung des Post- und Telegraphenwesens.

Der bayerische Gesandte Dr. v. Preger und Reichskommissar Dr. Preuß bitten um vorläufige Aussetzung dieses Artikels, da innerhalb der betrüfften Reports noch Verhandlungen über das künftige Verordnungsrecht des Postministers kämbden. Das Haus lehnt jedoch diesen Wunsch ab, da in der dritten Periode noch genügend Zeit bliebe, den Beschluß zu ändern.
Abg. Steinkopf (E.) beantragt den Absatz 2 des Artikels, der Verordnungen durch den Reichspostminister ermöglicht zu streichen.
Abg. Weich (D.D.P.): Ich bitte, den Absatz zu lassen, wie er ist. Es handelt sich um die Frage, ob das große Verwaltungsgebiet der Post zentralistisch von Berlin aus dirigiert werden soll. Angesichts der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse müssen die Landesbehörden das Recht und die Möglichkeit haben, bei dem Erlaß von Verordnungen in irgend einer Form mitzuwirken.

Abg. Söppel (D.D.P.): Wenn die Post und die Eisenbahn einheitlich gestaltet werden, so müssen sie auch zentralisiert verwaltet werden und es ist nicht zweckmäßig, sie in ihrem Verordnungsrecht vom Reichsrat abhängig zu machen.
Reichskommissar Preuß: Vielleicht empfiehlt sich, das Recht des Postministers, Verordnungen zu erlassen, auf die Gebühren und die Benutzung der Verkehrsanstalten zu beschränken, damit wären auch Bayern und Württemberg einverstanden. In Artikel 88 wird gemäß dem Antrag Steinkopf der Absatz 1 gestrichen, der Artikel im übrigen angenommen.
Die Bestimmungen über die Reichseisenbahnen werden ohne Erörterung angenommen.

Artikel 97 behandelt die Wasserstraßen. Ein gemeinsamer Antrag Antrag Dr. Preger (Bayr. Sp.), Dr. Hans (D.D.P.), Dr. Heinke (D.natl.Sp.) will die Ausübung der Wasserstraßen und die Regelung des gemeinsamen Gebrauchs der Wasserstraßen den Ländern überlassen.

Abg. v. Schulze-Gävernitz (D.D.P.): Ein Land, das jene Wasserstraßen einnimmt oder nicht schiffbaren Gewässern einnimmt, wird bevorzugt gegenüber einem Land, das wie zum Beispiel Baden, einer Wasserstraße wie dem Rhein nutzbare Kräfte einnimmt. Die Verfassung wird vielfach schon reichlich unantastbar befunden. Durch den anstehenden Friedensvertrag wird Baden ohnehin schon wirtschaftlich aufs schwerste geschädigt. Ueber seine Wasserstraßen muß es aber mit dem Ausland verhandeln und es erscheint nicht wünschenswert, daß das über Berlin geschieht.

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Das Referat der Wasserstraßen kann einzelne Bundesstaaten wohl benachteiligen, Preußen aber, das sehr große Ausgaben für verschiedene seiner Gewässer gehabt hat, steht auf dem Standpunkt, daß das Referat nur schädige.

Artikel 97 und der übrige Teil des 6. Abschnittes wird von der Nationalversammlung unter Ablehnung des Antrags Preger angenommen. Hingugefügt wird ein Antrag sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen ein Antrag, wonach das Reich alle Bezirke übernimmt.
Dann verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Steuergefeß.
Schluß 6.40 Uhr.

Erzbergers Finanzprogramm.

Erste Beratung des Steuergesetzes. In Verbindung mit der Interpellation Kuer u. Gen. (U.S.P.) betreffend steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.

Reichsfinanzminister Erzberger

nimmt das Wort zu folgender Rede:
Der Krieg ist der Vermürfter der Finanzen. In schwerster Stunde des Reiches habe ich das schwerste Aestoff übernommen. Alle Parteien bitte ich um ihre Unterstützung zum Wiederaufbau, dessen wesentlichste Voraussetzung geordnete Finanzen, eine grundlegende Finanzreform sind. Der Staatsbankrott bringt keine Rettung, denn Staatsbankrott ist volksbankrott. Die Raufschläge auf Amalierung der Kriegsanleihe würde ich nicht mit. Der Instandsetz für die Kriegsanleihe muß gesichert sein. Mein oberstes Ziel ist es, Gerechtigkeit im Steuerwesen zu schaffen. Gerechte Steuern sind eine rasch wirkende Sozialisierung. Im Kriege hat man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht, aber die allgemeine Wehrpflicht machte Halt vor Kapital und Besitz. Darin liegt auch eine Wurzel der Mangelhaftigkeit der Lohnforderungen. Helferrich, der leichtfertigste aller Finanzminister, ist für die unheilvolle Wirtschaftspolitik verantwortlich, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat. Drohend erhebt sich als extreme Reaktion der verletzten Gerechtigkeitsgefühl der wahrhaftigen Volkswirtschaft. Das Heilmittel ist Sozialisierung. Ein großes Stück davon ist schon vollzogen durch Steigen des Arbeitslohnes und Fallen des Geldwertes. Erbschaftsteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte; andere werden folgen. Vor dem Kriege erhob das Reich nicht ganz 2 Milliarden Steuern, die Einzelstaaten und Gemeinden ungefähr 3 Milliarden. Bei Friedensschluß brauchte das Reich für einen Bedürfnisse 17 Milliarden, Einzelstaaten und Gemeinden 6 Milliarden. Die Einnahmen des Reichs müssen um 500, die der Einzelstaaten und Gemeinden um 100 v. H. gesteigert werden. Der Kriegenbedarf der Zukunft müssen wir ausfringen, wobei zwischen Inlandsbedarf und Wiedergutmachung zu unterscheiden ist. Die voraussichtlichen jährlichen Ausgaben werden sich auf 17,4 Milliarden belaufen. Die Höchstsumme für die Wiedergutmachungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrage nicht festgesetzt werden. Ich bin entschlossen, den Weg der harten Sparsamkeit zu gehen. Unproduktive Ausgaben darf es nicht mehr geben. Deshalb muß auch der Abbau der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt werden. Wie soll der Gesamtbedarf für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden, den ich mit rund 25 Milliarden beziffern darf, gedeckt werden? Meine Pläne hierfür stehen bereits fest. Die neuwertigen Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen Einnahmen bringen und ferner einmalige Einnahmen, die eine dauernde Hinzusparnis von 600 Millionen versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden zu decken. 2 große neue Steuern nähern sich im Finanzministerium ihrem Abschluß und ich beabsichtige, sie noch vor Beginn der Parliamentsferien dem Hause zu unterbreiten: Die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, ist der Fehlbetrag für den eigentl. Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachung muß auf andere Weise eingebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neun Vorlagen zugehen mit dem Endziel, diese Fehlerrück zu decken. Die Steuerlast wird eine geradezu einschneidende Höhe erreichen. Eine feste Gefahr sind die 72 Milliarden schwebende Schulden, ihre Beseitigung ist eine der dringendsten Aufgaben, entweder durch Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe oder durch Tilgung mit Hilfe großer Abgaben. Die breiten Massen warten seit der staatlichen Umwälzung auf die großen Opfer der Verstorbenen. Pflicht der Bestehenden ist es, durch Hingabe von Reichtümern und Ueberfluß die Brücke zur sozialen Verbesserung zu schlagen. Die Steuergesetze können freilich nur die Form geben, Steuern selbst bringen sie nicht. Diese werden nur gebracht durch Arbeit. Unermüdbare Arbeit ist der Segensbringer für die Einzelperson wie für das Reich. Den Reichstag hat uns der Krieg gewonnen. Die Welt hat uns die internationale Gerechtigkeit versagt, um so energischer aber wollen wir arbeiten für eine in Gerechtigkeit wieder aufstehende Heimat und als unser Sorgen und Mühen widmen dem armen aber gerechten Deutschland. Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland müssen der heilbringende Dreiklang sein, der das neue Deutschland emporhebt und dadurch bessere Zeiten ankündigt.



Vor der Ratifizierung.

Weimar, 8. Juli. Der Gesandtschaft über die Ratifizierung des Friedensvertrages, der heute der Nationalversammlung zugegangen ist, besteht aus 2 Artikeln:

Art. 1: Dem am 28. Juni unterzeichneten Friedensvertrage zwischen Deutschland und den a. und a. Mächten und dem dazu gehörigen Protokoll, sowie der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande wird zugestimmt. Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Art. 2: Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Weimar, 8. Juli. Die Rede des Ministers des Auswärtigen zum Friedensvertrag wird erst am Donnerstag gehalten. Die Begründung des Ratifizierungsentwurfs, die Mittwoch erfolgen soll, wird sich auf das Nötigste beschränken. Die Parteien sollen dazu nur kurze Erklärungen abgeben.

Berlin, 7. Juli. Der Staatsauschuss hat der Ratifizierung des Friedensvertrages zugestimmt. Wie aus Verlässen gemeldet wird, hat Clemenceau dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation, Herrn v. Decker, die Antwort der a. und a. Regierungen auf eine deutsche Anfrage betr. die Ratifizierung des Friedensvertrages überreicht. In der Antwort wird gesagt, die Ratifizierung müsse sich auf sämtliche Akten, die ein Ganzes bilden, beziehen, also auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung betr. die Besetzung der Rheinlande. Diese Dokumente bildeten die Friedensbedingungen und seien eines von dem anderen untrennbar.

Um den Kaiser.

Amsterdam, 8. Juli. Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ erzählt, daß der kleine Kabinettsauschuss und einige Rechtsgelehrte damit beschäftigt sind, für die englische Regierung einen Bericht über alle Fragen aufzustellen, die mit dem gerichtlichen Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser und die anderen Deutschen zusammenhängen, die der Uebertretung der Gesetze der Kriegführung beschuldigt werden. In diesem Berichte werden einige unsichere Punkte aufgeklärt. Es wird erklärt, daß kein besonderes Gesetz für die Bildung der militärischen Gerichtshöfe notwendig sei, vor denen die weniger hochgestellten erscheinen sollen. Diese Gerichtshöfe sollen durch königliche Verordnung ernannt werden. Außerdem wird in dem Bericht gesagt, daß die Prozesse nicht im Namen des Völkerbundes geführt würden. — In der Frage der Auslieferung des Kaisers schreibt Gibson Bowles: „König England der Gefangenenwärter von Europa sein? St. Helena und Seapa Flow sind keine Ernennung dafür.“

Neues vom Tage.

Brief Hindenburgs an Foch.

Großes Hauptquartier, Kolberg, 3. Juli.
Herr Marschall!

Der Krieg ist beendet! Das deutsche Volk ist entschlossen, die schwersten Bedingungen, die ihm durch den Frieden auferlegt worden sind, auf sich zu nehmen. Auch die Armee, an der Spitze ihre Offiziere, ist bereit, für die ehrliebe Erfüllung dieses Friedens jedes, auch das härteste, persönliche Opfer zu bringen, sofern ihre Ehre hierbei nicht Schaden leidet. Allein ein Soldat, der nicht für seinen Obersten Kriegsherrn eintritt, dem er Mannestreu geschworen hat, — ein solcher Soldat

wäre dieses Ehrenamts nicht wert. Solange echte, soldatische Ehre auf der Welt noch etwas gilt, werden Feind und Freund diese Auffassung achten. Auch dieser Krieg hat trotz der Härte, mit der er geführt werden mußte, auf beiden Seiten Beispiele hohen sittlichen soldatischen Denkens und Empfindens gezeigt — Beispiele, die beweisen, daß die allen Kulturvölkern gemeinsamen soldatischen Ehrbegriffe nicht erstorben sind. Als dienstältester Soldat und zeitweise erster militärischer Berater meines Kaisers und Königs halte ich es für meine Pflicht, im Namen der alten deutschen Armee an Sie, Herr Generalfeldmarschall, als den obersten Vertreter der Heere der alliierten und assoziierten Mächte diese Zeilen zu richten und Sie zu bitten, dafür einzutreten, daß von der Forderung der Auslieferung Seiner Majestät des Kaisers Abstand genommen wird. Als höchster Führer einer Armee, die Jahrhunderte hindurch die Tradition echter soldatischer Ehre und ritterlicher Gesinnung als kostbares Gut gepflegt hat, werden Sie unsere Auffassung zu würdigen wissen. Um diese schimpflichste Erniedrigung von unserer Volks- und unserer Armeeführung zu verhindern, bin ich bereit, jedes Opfer zu bringen. An Stelle meines kaiserlichen und königlichen Kriegsherrn stelle ich mich daher voll und ganz zur Verfügung. Ich bin überzeugt, daß jeder andere Offizier der alten Armee bereit ist, ein Gleiches zu tun.

Genehmigen Sie, Herr Marschall, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Warenaustausch mit dem besetzten Gebiet.

Köln, 8. Juli. Von der 10. französischen Armee in Mainz, in deren Gebiet große Gärtenproduktionsgebiete im Hessischen liegen, die in den Friedensjahren stets nach dem unbesetzten Deutschland ausgeführt wurden, wurden genehmigt, daß die Ausfuhr nach dem rechtsrheinischen Deutschland für die Hälfte des Ertrages frei sei. Nach der Entscheidung der französischen Unterkommission in Mainz ist jetzt auch der Güterverkehr der besetzten Orte vor Frankfurt, die bisher nur unter Berührung der neutralen Zone erreichbar waren, mit dem unbesetzten Gebiet zugelassen worden.

Französische Banken im Rheinland.

Frankfurt, 8. Juli. Verschiedene französische Großbanken beabsichtigen im rheinischen Gebiet, besonders in Mainz Niederlassungen zu errichten, so u. a. der Credit-lyonnais, der bereits ein Mainzer Hotel zu diesem Zwecke angelauft hat.

Von unseren Kriegsgefangenen.

Bern, 7. Juli. Die belgische Eisenbahnverwaltung hat die notwendigen Maßnahmen zur Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Zahlreiche Kriegsgefangene sind bereits an Sammelplätze für die Heimförderung geschafft worden.

Genf, 8. Juli. Die die „Humanität“ meldet, ist die Beschäftigung der deutschen Kriegsgefangenen im Kriegsgebiet eingestellt worden. Die Kriegsgefangenen werden zurzeit nach Sammelagern transportiert.

Haag, 8. Juli. Am 13. Juli treffen 68 verwundete Offiziere und 251 verwundete Mannschaften aus England in Rotterdam ein.

Der Vertrag mit Oesterreich.

Amsterdam, 8. Juli. „Allgemein Handelsblatt“ meldet aus Paris, daß die Ergänzungen zu dem Friedensvertrag mit Oesterreich wahrscheinlich Ende dieser Woche überreicht werden würden. Sie werden gewisse Klauseln über territoriale, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Fragen enthalten. Die entscheidende Antwort auf die zahlreichen Gegenwortsätze der Oesterreicher wird erteilt werden, sobald alle Gegenwortsätze empfangen worden sind.

Die Berliner Gas- und Elektrizitätsarbeiter.

Berlin, 8. Juli. In einer Versammlung der Gas- und Untergrundbahnangestellten wurde mitgeteilt, daß die Gas- und Elektrizitätsangestellten der Stadt Berlin an den Magistrat die bis Mittwoch befristete Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne auf 2.30 M., 3 M. und 3.50 M., sowie die Gewährung einer einmaligen Entschädigungszulage in Höhe von 1100 Mark für Unverheiratete und 1200 Mark für Verheiratete, gerichtet hat. Im Falle der Ablehnung dieser Forderungen erklärt die Gas- und Elektrizitätsarbeiter ihre Solidarität mit den Straßenbahnern und drohen, ebenfalls in den Ausstand zu treten.

Der nordische Eisenbahnerstreik.

Hamburg, 7. Juli. Die Streiklage im Eisenbahnbetrieb ist durch die heutige Arbeitsniederlegung der Betriebsverhältnisse Hamburg-Eibe noch verschärft worden. 1500 bis 2000 Mann dieser Verhältnisse sind ausständig. Die Abstimmung der Eisenbahnebeamten und Arbeiterschaft im Bezirk Hamburg-Altona ergibt nach den bisher vorliegenden Zählungen eine einfache Mehrheit für den Ausstand.

Hamburg, 8. Juli. Die Abstimmung der Beamten und der Arbeiterschaft des Eisenbahnbezirks Hamburg-Altona-Wilhelmsburg ergab vorläufig 6629 Stimmen für und 4392 Stimmen gegen die Streikaufnahme. 303 Stimmen sind ungültig. Die Stimmung gegen den allgemeinen Ausstand verschärft sich.

Spartakistischer Aufruhr in Hannover.

Hannover, 8. Juli. Die gestern abend auf dem Hauptbahnhof eingetroffenen Truppen wurden vom Weindel tödlich angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Waffe zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Leider sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen. Daraus zogen die Spartakisten nach dem Schloß und hielten dort Gefangene heraus. Andere durchsuchten einige Polizeireviere nach Waffen und zogen schließlich nach dem Militärgerichtsgefängnis, wo ihnen die Wache die Waffen ohne Widerstand übergab. Daraus ergab die Menge den Einlaß und befreite sämtliche Gefangene. Die Gerichtsakten wurden in der Hallerstraße verbrannt. Inletzt begab sich der Mob nach dem Kellengefängnis, wo Reichswehrtruppen und Schüßentreue ihnen entgegen traten. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete forderte.

Hannover, 8. Juli. Ueber Hannover ist vom kommandierenden General der Belagerungszustand verhängt worden.

Amtliches.

Betr. Butter- u. Eiergeschäft im O.A.-Bezirk Calw.

Es wird vom Oberamt bekanntgegeben, daß mit sofortiger Wirkung das Butter- und Eiergeschäft für den Kommunalverband Calw Herrn Kaufmann Lamarter in Calw, am Marktplatz, an Stelle des landw. Hausfrauenvereins übertragen worden ist.

Versicherungsamt Nagold.

Die Ortsbehörden für die Arbeiterversicherung, welche mit der Einserdung der Listen B—G über die besonders eingeschätzten Stenerkapitale nebst dem Vordruck zur Katasternachweisung noch im Rückstand sind, werden an die alsbaldige Vorlage erinnert.

Den 7. Juli 1919.

M u z.

Selbst geschmiedet.

Roman von H. v. Trufstedt.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als sie in Hut und Mantel sich zu den Herren gesellte, brückte der Notar soden kräftig ihres Mannes Hand. Wenn Sie Dr. Steier aus Berlin mit der Verteidigung betrauen, wage ich wieder zu hoffen. Nur ein sehr genialer Anwalt kann Ihren Schwager retten.“

In bewegtem Ton äußerte er sich gegen Klothilde: „Sie dürfen Ihrem Herrn Gemahl von ganzem Herzen danken, gnädige Frau, er hat sich entschlossen, einen großen Teil seiner Rente zu opfern, um einen unserer berühmtesten Rechtsanwälte für Ihren Bruder interessieren und honorieren zu können.“

Klothilde warf sich aufschluchzend an die Brust ihres Mannes. „Oh, du bist so gut, so groß! Dies will ich dir nie, nie vergessen.“

Kurt strich über ihr glänzendes, braunes Haar. „Du mein liebes, großes Kind,“ sagte er nur, „mein Trostköpfchen!“

Sie küßte ihn unbeflümmert um die Anwesenheit des Notars. Und dann seufzte sie tief und bekommen. „Kommen Sie, Herr Doktor, ich kann dieses Wiedersehen kaum erwarten!“

Sobald sich Schritte Reinholds Zelle näherten, hob er den Kopf, ein Ausdruck von Spannung trat in seine Züge und ein Hoffnungsschimmer erglänzte in seinen Augen.

Worauf wartete er? Wer sollte zu ihm kommen?

An Schwester und Schwager hatte er in den endlos langen Tagen kaum gedacht. Aber Eine mußte ja den Weg hierherfinden, mußte über kurz oder lang erscheinen, um ihm die Freiheit zu verkünden.

Wo blieb Anneliese nur so lange? Wollte sie seine Unschuld erst sonnenklar beweisen, ehe sie zu ihm kam als seine Freie, seine Erbschein von unbeschreiblicher Qual?

Und sie mußte doch kommen! Wie lange, lange Tage auch vergehen mochten, einmal mußte die Geliebte ja doch erscheinen, ihm die Freiheit bringen — ach, die goldige, sonnige Freiheit!

Man hatte ihm erlaubt, Bücher zu lesen und sich mit Zeichnen zu beschäftigen, aber trotzdem schlichen die Stunden, als stehe die Zeit still.

Anfangs hatte er gemerkt, in jedem Moment müsse sich die schwere Tür mit dem unheimlich großen Schloß für ihn öffnen. Der Irrtum, den man begangen, lag ja auf der Hand.

Aber als Tag um Tag in dem tödlichen Einzelne verging und nur wiederholt der Notar oder Amtsrichter erschien, um ihn immer wieder mit denselben Fragen, denselben Mahnungen zur Offenheit zu peinigen, da packte es ihn oft wie Vergewaltigung, und er glaubte die Marter dieser Wartzeit kaum noch ertragen zu können.

Er durfte durch keine Unbedeutung seine Anwesenheit im Schloßpark begründen, durfte Annelieses Namen nicht nennen.

Aber sie selbst konnte, mußte jetzt die Wahrheit offenbaren, sich als seine Braut bekennen. Worum zögerte sie so lange?

Da durchfuhr plötzlich wie ein vernichtender Blitz der Gedanke sein Hirn, daß sie möglicherweise gleichfalls an seine Schuld glauben, sich gegen ihn wenden könne.

Doch nein, nein, sie liebte ihn ja mit all der Hingabe ihres zärtlichen weichen Gemüts. Treu und stark hatte sie zu ihm gehalten in den schweren Tagen, wo der Dheim kategorisch forderte, daß sie den ungeliebten Bettler heiraten solle.

Anneliese war nicht wankelmütig. Aber warum blieb sie fern? Hatte Graf Egon jetzt so viel Macht über ihre Person erlangt, daß er ihr verbieten konnte, hierher zu kommen?

Wie all diese Gedanken und Vermutungen ihn peinigten, sein Hirn ermatteten! Welch dumpfe Verzweiflung sich oft seiner bemächtigte!

Und die Tage schwandten. Er mußte erkennen, daß man einen Irrtum gar nicht in Betracht zog, sondern ihn allen Ernstes für einen Mörder hielt, für den Mörder des Mannes, der ihn zwar seinen ganzen Stolz fühlen ließ, sich ihm aber auch wohlwollend und glühend erwießen hatte.

Und immer von neuem dieses Hoffen und Zagen in bezug auf Anneliese, jede Stunde ward ihm zur Qual.

Ein letzter Sonnenstrahl suchte vergeblich Einlaß durch die blinden, eisenergitterten Scheiben des kleinen Fensters.

als Reinhold ganz deutlich das Rauschen eines Frauengewandes vernahm.

Er glaubte, sein Herz müsse stillstehen, so machtvoll packte ihn die Erregung. Anneliese! Endlich, endlich! Oh, wie dankte er Gott, daß die Erlösungstunde schlug, die Freiheit winkte! War es nicht, als hätten seine Glieder bereits alle Spannkraft eingebüßt, als schmachte er bereits monatelang in diesem kleinen nachstolten Raum?

Seine Glieder zitterten, er mußte an dem Pfosten der kleinen Eisenbettstelle einen Halt suchen.

Die Schritte raselten im Schloß.
Die Tür öffnete sich langsam, eine Dame schritt über die Schwelle; das hübsche, sonst so rosige Gesicht entzündete vor Erregung.

Reinhold, mein armer, armer Bruder —

„Ach, du bist es, du!“ Unflüchtige Enttäuschung im Ton, im Blick, stieß der Gefangene nur diese wenigen Worte hervor und dann starrte er wie abwesend vor sich hin. Warum kam Anneliese nicht? Von Klothilde nahm er gar keine Notiz.

Hinter ihr stand der Amtsrichter, welcher der Unterredung beizuwohnen wünschte. Er hatte scharf beobachtet und zog seine Schlüsse. Bisher hatte er die Baronin für Schellens Mitschuldige gehalten. Aber er sah jetzt, daß diese Annahme falsch gewesen.

Klothilde umklammerte mit beiden Armen den Bruder. „Wen hast du erwartet, Reinhold? Sage es mir, vertraue dich mir an. Alles, was irgend zu deiner Befreiung beitragen kann, soll geschehen. Mein Mann wird den berühmten Rechtsanwalt Dr. Steier mit deiner Verteidigung betrauen. Hast du irgendeinen Wunsch, Reinhold? Sprich ihn aus, er ist im voraus erfüllt.“

Sie konnte gegen die Tränen nicht länger ankämpfen. Welche Veränderung war schon in diesen wenigen Tagen mit ihrem stolzen, stählernen Bruder vorgegangen! Um Jahre gealtert erschien er ihr!

„O mein Gott, so sprich doch, Reinhold, sage, was dich damals nach dem Schloßpark führte. Sieh, ich weiß ja, daß du mir nie sonderlich zugegan warst, du hastest immer viel an mir auszusetzen. Aber ich, Reinhold, war stolz auf dich, ich glaube fest an deine Unschuld. Mein Mann denkt wie ich, er sendet dir seine Grüße. In wenigen Tagen kannst du Dr. Steier erwarten.“

Fortsetzung folgt.

Die Reichsbanknoten zu 50 M. Im Amtsblatt der Württ. Verkehrsanklagen wird bekannt gegeben: Die Reichsbanknoten zu 50 M., Ausgabe vom 20. Oktober 1918, sind nach der Annahme anzuhalten und nicht mehr auszugeben, sondern an die Reichsbank bezw. an die zur Entgegennahme der Abflagelieferungen bestimmten Stellen abzuliefern.

Nichtpreis für Honig. Nach einer soeben erlassenen Bekanntmachung der Landespreisstelle und des Kriegswirtschaftsamts wurde für Honig ein Nichtpreis von 6 M. für das Pfund beim Erzeuger festgesetzt. — Leider ist die Ausbeute der Imker an Honig heuer eine geringe.

Höchstpreis für Erbsen. Mit Ermächtigung der Preisstelle für Gemüse und Obst ist von dem bei der Landesversorgungsstelle gebildeten Preisausschuss für Erbsen (grüne Brocklerbsen) ein Erzeugerhöchstpreis von 28 S für 1/2 Kilo festgesetzt worden.

Ragold, 8. Juli. (Vereinigung der Kriegsteilnehmer.) Am Samstag Abend fand im Gasthof z. Röhle hier eine gut besuchte Versammlung der Kriegsteilnehmer statt, bei welcher Professor Dr. Wagner über den Friedensvertrag sprach. Er führte dabei aus, daß das Schicksal und Hoffen während der schweren Tage des Kriegs in dem uns gemordeten Frieden nicht erfüllt worden sei, ja, daß der Name Friede entheiligt und mißbraucht worden sei. Die nächste Zeit bringe unslagbar Schwers über uns, schwereres als die meisten ahnen. Es müsse ein echter Völkerbund angestrebt werden, der dem Recht zum Siege ver helfe. Es sei ein enger Zusammenschluß der Kriegsteilnehmer im Geiste wahrer Kameradschaft nötig zum Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Kriegsgewinnler und Druckberger, die jetzt läßt ihr Dampf erheben und sagen: Woja seid ihr brannt gewesen? Es gelte aber besonders für das Recht der Hinterbliebenen der vor dem Feinde gefallenen Kameraden und der Kriegsbeschädigten einzutreten und dafür zu sorgen, daß sie nicht verläßt würden. — Der monatliche Beitrag der Vereinigung der Kriegsteilnehmer wurde auf 1 Mark festgesetzt und eine Verteilung von Rauchwaren zu einem billigen Preis vorgenommen. Die Vereinigung hat, wie der Vorsitzende konstatierte, im Bezirk und Land einen großen Zuwachs an Mitgliedern erfahren. Erwähnt sei noch, daß beim Oberamt eine Bezirksfürsorgestelle errichtet wird, der Herr Kalmbach vorsteht.

Freundenstadt, 8. Juli. (Fremdenverkehr. — Aufbringung des Schlachtviehs. — In der letzten Sitzung des Gemeinderats gab der Vorsitzende Kenntnis von einem Erlaß des Oberamts an die Inhaber von Gaststätten, in dem dieß darauf hingewiesen werden, daß Beherbergungen von Kurgästen, die nicht im Besitz einer oberamtlichen Aufenthaltserlaubnis sind, strenge Verstrafung, im Wiederholungsfall evtl. Schließung des Betriebs zur Folge haben. Wenn nur wirklich erholungsbedürftige Personen aufgenommen werden, würde sich auch das Publikum heuer eher mit der Zulassung des Kurverkehrs abfinden. Auch wird erluchtet, auf die Kurfreunden dahin einzuwirken, daß sie in ihrer Kleidung sich während des Kurverlehs möglichst Einfachheit und Unauffälligkeit bestreben. Der übertriebene Kleiderluxus gewisser Kurgäste habe im vergangenen Jahr hauptsächlich zur Verschlechterung der Stimmung gegen die Kurfreunden beigetragen. Damstenden Kurgäste sei die weitere Beherbergung unter allen Umständen zu verweigern. — In einem zweiten Erlaß wird zur Pflicht gemacht, daß bei der Aufbringung des Schlachtviehs in erster Linie das Vieh solcher Viehhalter herangezogen wird, die trotz Milchpreiserhöhung sich als besonders kämlich in der Milchlieferung gezeigt haben.

Oberndorf, 7. Juli. (Preiswucher.) Wegen eines fahrlässigen Vergehens des Preiswuchers wurde ein hiesiger Kaufmann, Inhaber eines Konfektionsgeschäftes, zu der Geldstrafe von 500 M. verurteilt. Er hatte über 200, 300, ja bis zu 380 Proz. auf den Einkauf der Ware geschlagen. (Damit ist 500 M. keine entsprechende Strafe.)

Reutlingen, 7. Juli. Die hiesige Demonstration gegen Gütsbüßiger Jäger (Lindenhof) wegen der Belieferung der Stadt mit Milch hat eine unerwartete Folge gezeitigt. Gütsbüßiger Jäger, der seine umfangreiche Milchviehherde bis jetzt nur unter Opfern und Mühen aufrecht erhalten konnte, hat seinen Bestand von etwa 70 erstklassigen Milchkühen zum Verkauf ausgeschrieben und stellt demnächst die Milchlieferung wieder ein.

Laufen a. N., 8. Juli. (Erntebeginn.) Schon wurde hier der erste Wagen Roggen eingeführt. Der in den letzten Tagen niedergegangene Regen kommt dem später reisenden Getreide, dem Futter und den Hackfrüchten sehr zu statten.

Stuttgart, 8. Juli. (Vom Staatshaushaltsplan.) Ein tröstliches Ergebnis hat die Durchsicht des neuen württembergischen Staatshaushaltsplans, sofern man darin einen Trost sehen will, daß es bei anderen noch schlechter steht: außer Hessen ist Württemberg das einzige Land im Deutschen Reich, das keine schwebende Schuld aufweist. Bis die Haupterinnahmen aus den Steuern beginnen, d. h. bis etwa zum Oktober, ist noch soviel Geld in der Staatskasse vorhanden, daß man, vorausgesetzt, daß keine Zwischenfälle eintreten, hoffen kann, den Bedarf damit zu decken.

Stuttgart, 8. Juli. (Württ. Landesschulkonferenz.) Gestern wurde die Landesschulkonferenz in Stuttgart mit einem Referat des Mittelschullehrers Stettner-Heilbronn über die „Selbstverwaltung im Schulorganismus“ eröffnet. Der Redner begründete zunächst die Notwendigkeit einer solchen Selbstverwaltung und schlug vor, durch Gesetz den Städten volle Selbstverwaltung im Schulwesen zu überlassen und bei kleineren

Gemeinden die Schulangelegenheiten des gesamten Gemeindebezirktes zusammenzufassen. — Prof. Dr. Binder verwahrte sich vor der Unterstellung, die höheren Schulen wollten zu literarischem und ästhetischem Genieherium heranzubilden, und sprach dann über die Teilnahme der Schüler an der Selbstverwaltung. — In der Aussprache wurde über die Restorenfrage debattiert. Prof. Fleiderer und Prof. Wilhelm, der bekannte Vorkämpfer des Volkshochschulgedankens, äußerten sich zum Thema der Selbstverwaltung. — Das Schlussreferat hatte Oberlehrer Bäuerle, der über die freie Volksbildung sprach. — Kultminister Heymann konnte hierauf mit Dankworten die Schulkonferenz schließen. Er hob dabei folgendes hervor: Man sei sich bewußt, daß sich das Bildungs- und Schulwesen in einem Zustand der Gärung befinde. Wenn man in diesem Reformungsprozess den richtigen Weg einschlagen wolle, so müßte man den Weg der Verständigung suchen. Wenn das Ergebnis der ersten Aussprache auch nicht eine Einigung für ein bestimmtes sachliches Ziel gewesen sei, so sei doch das Ergebnis der Aussprache der Ausdruck des Willens zur Verständigung. Daß man zu einer Einigung kommen müsse, trauche er nicht zu beweisen. Der Zustand unseres Volkes, die Verunsicherung, die Verunsicherung und der Mangel an gegenseitigem Vertrauen könne nur ausgeglichen werden, wenn man versuche, ein einheitlich nationales Bildungsgut zu schaffen, durch das das Volk sich wieder aufrichten könne. Man scheide mit dem Bewußtsein, daß man zur Schaffung eines solchen einheitlichen nationalen Bildungsgutes den Weg zur Einigung gesucht habe.

Stuttgart, 8. Juli. (Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften.) Gestern fand im Siegelhaus die Hauptversammlung des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg und daran anschließend der landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralstelle statt. In seiner Eröffnungsansprache führte der Verbandsvorstand, Oberregierungsrat Vater u. a. aus, daß uns Enttäuschungen nicht abhalten dürfen uns in den Dienst des Ganzen zu stellen und in die neue Zeit einzutreten mit dem festen Willen, alles, was möglich ist, zu tun, für den Wiederaufbau des Ganzen, wie der landw. Betriebe im besonderen. Präz. u. Sitzung begrüßte die Tagung namens des Ernährungsministeriums und der Zentralstelle für die Landwirtschaft. Oberregierungsrat Vater erläuterte in Ergänzung des gerade vorgelegten Verbandsberichts den Tätigkeitsbericht über das 38. Geschäftsjahr. Zurzeit umfaßt der Verband 174 Genossenschaften mit 107 021 Mitgliedern, darunter 1319 Darlehensgenossenschaften und 144 Molkerei- und Milchverkaufsgenossenschaften. Neu hinzugekommen sind im letzten Jahre 37 Genossenschaften mit 333 Mitgliedern. Zur Förderung der genossenschaftlichen Arbeit in den Bezirken hat der Verband im letzten Jahr Bezirksverbände gegründet, sowie die Gründung von Bezugs- und Abgabegenossenschaften gefördert, die sich wegen des voraussetzlichen Wegfalls des Zollschutzes und der daraus zu erwartenden verstärkten Auslandskonkurrenz notwendig erweisen werden. Hierauf wurde einer dem Verbandsauschuss vorgelegten Entschließung einstimmig zugestimmt. Dieselbe lautet:

- 1. Durch die harten Bedingungen des Friedensvertrages ist unsere Landwirtschaft sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Hinblick darauf, daß unsere Viehbestände stark vermindert, unsere Äcker an Nährstoffen erschöpft sind, ist es im Interesse des gesamten Volkes gelegen, wenn seitens der Reichs- und Landesregierung die Landwirtschaft und vornehmlich auch das landw. Genossenschaftswesen mit allen Mitteln gefördert wird.
- 2. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Zwangswirtschaft auf den hierzu geeigneten Gebieten rasch abgebaut wird. Die heurige Festsetzung der zur Ernährung der Selbstversorger und zur Fütterung der Tiere zu verwendenden Getreidemengen ist so zu bemessen, daß sie den Ansprüchen der Landwirtschaft Genüge leisten wird.
- 3. Im Interesse einer Ertragssteigerung ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft mit künftigen Dünge- mitteln beliefert werden kann.
- 4. Die für 1919 festgesetzten Höchstpreise sind so zu bemessen, daß sie mit den tatsächlichen Herstellungskosten mindestens ausgeglichen sind oder aber ist darauf hinzuwirken, daß die Preise für Bedarfsgegenstände des landw. Betriebes, herabgesetzt werden.

Der Warenabsatz bei der Kaufstelle beziffert sich 1917—18 auf ungefähr 15 Millionen Mark, wofür 15 000 Waggon Waren geliefert wurden. Der Kaufstelle wurde Entlastung erteilt, ebenso die Verbandsrechnung zuzustimmen, die mit einem Abmangel von ungefähr 80 000 M. abschließt. Dann hielt Prof. Dr. Wacker-Hohenheim einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Förderung unseres Acker- und Pflanzenbaues durch Einführung von Beispielsmitteln“.

Erdlich wurde noch folgende Entschließung angenommen: „Der Gesamtverband landw. Genossenschaften Württembergs nimmt scharf Stellung gegen den von der Landesversorgungsstelle an das Ernährungsministerium gestellten Antrag, dem zufolge auch Genossenschaftsmilch gekündigt werden soll. Ohne es einen entsprechenden Fragen für die Gesamtverhältnisse zu verprechen, muß der Verband an der staatlichen Maßnahme eine schwere Gefährdung des Genossenschaftswesens erblicken, dem die Regierung des Freistaates in freierlicher Weise ein besonderes Wohlwollen versprochen hat.“

Es schloß sich die Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralstelle an. Ihr Geschäftsergebn betrug sich auf 825 600,45 M., der sich aber wegen des durch den Krieg verursachten Rückgangs der Wertpapiere um 483 766,90 M. auf 141 833,55 M. ermäßigt.

Schorndorf, 7. Juli. (Hagelschlag.) In der Gegend des Welzheimer Waldes hat am gestrigen Sonntag Hagelschlag erheblichen Schaden angerichtet.

Gaildorf, 7. Juli. (Hagelschlag.) Das Gewitter am gestrigen Nachmittag hat sich hauptsächlich auf die Markungen Eichach und Ruppertschhofen entladen und trichweise starken Hagelschlag gebracht. Die Schlossen fielen 10 Minuten lang so groß wie kleine Kieselsteine. Der Schaden an Obst, Frucht und Mohn ist groß und läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Fürsorge für unsere Gefangenen in Frankreich.

Die am 12. Juni von einer mehrwöchentlichen Reise in das zerstörte Gebiet in Nordfrankreich zurückgekehrten Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes berichten, daß die Ernährungsverhältnisse unserer Kriegsgefangenen sich wesentlich verbessert hätten, während sie im Anfang, infolge des zu häufigen Abtransportes der Gefangenen nach unbewohnten Gegenden ohne brauchbare Verkehrswege und Verkehrsmittel, offenbar sehr viel zu wünschen übrig ließen.

Zur Zeit stehen die folgende Mengen aus: 500 Gramm Brot, 100 Gramm Zwieback, 240 Gramm Butterfleisch oder 135 Gramm Salzfleisch, 2000 Gramm Kartoffeln, gelegentlich durch Dörrgemüse ersetzt, 25 Gramm Fett, 8 Gramm Kaffee, 17 Gramm Zucker, 15 Gramm Salz.

Viel zu wünschen übrig läßt immer noch die Versorgung mit Kleidern, Wäsche und Schuhen. Der Hilfsdienst für die Kriegs- und Zivilgefangenen in Bern macht z. B. sehr große Sendungen der benötigten Gegenstände nach dem damaligen Kampfgebiet. Die Schweizer Delegierten haben von dem Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene in Frankfurt a. M. eine Summe von 100 000 Franc. erhalten, welche durch die Kommandanten der Departements Oise, Nord, Pas de Calais und Somme an die bedürftigen Kriegsgefangenen in diesen vier Departements verteilt werden. Weitere 150 000 Franc., welche von der Reichszentralstelle in Berlin der Schweizerischen Gesandtschaft in Paris zur Verfügung gestellt worden sind, werden in den übrigen Departements der Kampfzone verteilt. Diese Geldunterstützungen sind wertvoll, da die Gefangenen jetzt Gelegenheit haben, in Kantinen, die unter Selbstverwaltung stehen, gewisse Artikel, besonders Fett und Konserven, zu kaufen.

Bermischtes.

Russen gegen die Franzosen. Interessant ist das Verhalten der russischen Kriegsgefangenen im Lager Hammelburg (Unterfranken) gewesen. Als die Franzosen jüngst gegen Frankfurt marschierten, um auch in Bayern einzudringen, falls der Friede nicht unterzeichnet würde, verlangten die Russen, bemessen zu werden, um gegen die Franzosen zu kämpfen. Sie wollten von diesen nichts wissen.

Die Teuerung in Budapest nimmt groteske Formen an. Eine Schachtel ägyptischer Zigaretten kostet über 500 Kronen, ein El 12 Kronen, ein Alko Schmalz 350 Kronen, ein Alko Butter 300 Kronen, ein Paar Strümpfe 300 Kronen. Ein Mittagessen, bestehend aus Suppe, Lammfleisch, Weibschokolade kostet 170 Kronen. In den Tagen der Kämpfe kostete ein Ein-Pfanner von einem Donauufer zum anderen 600 Kronen.

Dem besetzten Gebiet. Für Zivilpersonen ist die Quarantäne von der Einreise ins besetzte Gebiet aufgehoben worden. Sie bleibt nur bestehen für die Fälle, in denen der Verdacht einer ansteckenden Krankheit vorliegt und für alle früheren Militärverlorenen.

Die internationalisierte Kommission zur Veranlassung des Friedensvertrages wählte in ihrer gestrigen Versammlung Andre Tardieu zum Vorsitzenden.

Die Beratung des Betriebsratsgesetzes. Am Montag hat die zweite Lesung des Entwurfs des Betriebsratsgesetzes im Reichsarbeitsministerium begonnen. Die Regierung hat, den Anträgen der Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe nachgebend, diese und die Vereinigung leitender Angestellter in Handel und Industrie eingeladen, hieran teilzunehmen. Damit ist den Vereinigungen Gelegenheit geboten, ihre Wünsche und Anregungen, die sie bereits schriftlich in Denkschriften und Gesetzentwürfen ausführlich dem Ministerium mitgeteilt haben, in mündlicher Verhandlung zum Ausdruck zu bringen und den Standpunkt der leitenden Angestellten, die in den bisherigen Kommissionsitzungen nicht vertreten waren, zur Geltung zu bringen.

Die neue Obergrenze. Die Bekanntgabe der neuen Obergrenzen auf Grund der abgeänderten Friedensbedingungen hat bei den beteiligten deutschen Kreisen der Ostmark lebhafteste Unruhe hervorgerufen, die in zahlreichen Eingaben an die Behörden und an die Regierung zum Ausdruck kommt. Diese Eingaben haben vor allem die Befassung rein oder überwiegend deutscher Gemeinden oder Bezirke beim Deutschen Reich gegenüber der beabsichtigten Grenzlinie zum Gegenstand. Die deutsche Regierung wird kein Mittel unversucht lassen, um durch entsprechende Verhandlungen eine Verichtigung der Grenz zu erreichen.

Ankunft von 2000 Deutschen aus Amerika. Die Amerikaner haben durch den Colonel Charles C. Wenbrecht dem Konsulat in Rotterdam mitteilen lassen, daß am 26. Juni 2000 Deutsche aus Charleston (Südcarolina) mit der Bestimmung Rotterdam abberordert worden seien. Ihre Ankunft wird um den 7. Juli herum in Rotterdam erwartet.

Wann Rußland mobilisiert. Der in Newyork erscheinende „Literary Digest“ teilt in einer Besprechung des Buches von Egan, früheren amerikanischen Gesandten in Kopenhagen, „Zehn Jahre nahe der deutschen Grenze“, mit, daß Egan zu Beginn des Jahres 1914 in Washington war und bei dieser Gelegenheit dem Staatssekretär Bryan die ausdrückliche Mitteilung machte, daß Rußland schon angefangen habe, zu mobilisieren. Der diesbezügliche Zitat lautet wörtlich: „Anfang 1914 suchte Egan, der sich damals zu einem Besuch in Washington befand, dort den Staatssekretär Bryan auf, um ihm mitzuteilen, daß Rußland begonnen habe, zu mobilisieren und daß Deutschland zum September schlagbereit sein werde.“

Die finnischen Freiwilligen haben unter dem Druck der Bolschewisten das gesamte Gebiet südlich Vones geräumt. Die Engländer sind freiwillig an der Мурманbahn zurückgegangen.

Keine Demobilisation in Italien. Italien wird auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Österreich Heer und Flotte nicht demobilisieren können. Die Lage an der Adria bleibt durch die groß-slawischen Ansprüche gespannt.

Der rumänische Ministerpräsident Bratianu hat gestern Abend Paris verlassen, um sich nach Bukarest zu begeben und seine Entlassung einzureichen.

Legte Nachrichten.

W.B. Bern, 9. Juli. Im Generalkrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes wurde vorgestern vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß sich der Verband gegen den Ausschluß der leitenden Vertreter erkläre und daß sich die Vertreter von der Washingtoner Gewerkschaftskonferenz ins Mittel legen und an die Verbände in Frankreich, England und der Schweiz mit dem Antrage wandten, bei allen Verbandsregierungen die Zulassung der Feinde zu erwirken und andernfalls die Konferenz zu boykottieren. Frankreich und die Schweiz erklärten sich mit den Italiern einverstanden. Die englischen Gewerkschaften aber wollten bei ihrer Regierung vorstellig werden, falls diese auch noch nach dem Friedensschluß gegen die Zulassung der deutschen Gewerkschaften auftreten sollte.

W.B. Bern, 9. Juli. Sembat spricht in der Heure die Ansicht aus, daß das Londoner Urteil kein richtiges Urteil sein werde, weil die Alliierten als Feinde des ehemaligen Kaisers nicht auch seine Richter sein könnten. Man solle nicht die Form des allgemeinen Fuß parodieren und den Kaiser wie einen gewöhnlichen Angeklagten vor Gericht

stellen. Mindestens müßten in dem Gericht auch Neutrale sitzen, um ihm den Charakter unparteiischer Gerechtigkeit zu geben. Der Kaiser könne nur von einem deutschen Gericht oder von einem internationalen Gericht des Völkerbundes, der alle Nationen umfasse, verurteilt werden. Sembrat schloß, daß nur die internationale Gerechtigkeit die einzige Gerechtigkeit sei, die er kenne, die über jeden Verdacht erhaben wäre.

WTB. Berlin, 9. Juli. Zur Finanzrede Erzbergers heißt es in der „Germania“: Besonders begrüßenswert ist es, daß an der Spitze der Ausführungen die Ablehnung des Staatsbankrottes gestellt wurde. Der Reichsfinanzminister hat beste Zuversicht, daß wir über den Berg hinwegkommen werden, wenn wir arbeiten unter Ausnutzung aller Kräfte. Wenn Erzberger den Staatsbankrott als unheilvoll zurückweist, so wird damit zum Ausdruck gebracht, daß er für die Unverletzbarkeit der Kriegsanleihen voll und ganz eintritt. Mit der Kriegsanleihe steht und fällt unsere gesamte Finanzwirtschaft. — Die Deutsche Allg. Ztg. hält es für besonders sympathisch, daß Erzberger in seiner Rede die Notwendigkeit einer durch parlamentarische Antretzen nicht beeinträchtigten, einheitlichen Reichsfinanzreform klar herausarbeitet.

WTB. Berlin, 9. Juli. In der Schulfrage kommt es in Weimar zu einem Kompromiß, das, wie die Germania meint, keine der beiden Parteien restlose Befriedigung bringt. Die Abmachungen gehen dahin, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiet der Schule nicht verändert werden sollen, daß also die konfessionelle Schule erhalten bleibt und der Religionsunterricht seinen Platz im Lehrplan behält, ohne jedoch obligatorisch zu sein. Die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen bleibt bestehen. Private Volksschulen sollen aber nur da errichtet werden können, wo sonst konfessionelle Minderheiten nicht zu ihrem Rechte kommen würden. Der Kultusminister habe, so heißt es, dem Kompromiß zugestimmt. Die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei sei indes noch nicht erfolgt.

WTB. Berlin, 9. Juli. Das Berl. Tageblatt meldet aus Hamburg: Durch Verordnung des Korps Vorkom-Bereichs sind für das Gebiet von Groß-Hamburg bei den Landgerichten Hamburg und Altona und bei dem Amtsgericht in Harburg außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt worden, die sich mit der schnellen Aburteilung der schweren Vergehen vom 24. und 26. 6. zu befassen haben.

WTB. Berlin, 9. Juli. Die Vertrauensmänner des Deutschen Bankbeamtenvereins in den Berliner Großbanken verwarfen gestern mit 204 gegen 6 Stimmen den am

Samstag gefällten Schiedsspruch. Im Verlaufe der Versammlung trat plötzlich G. Monte aus einer Ruffe hervor und rechtfertigte sein Verhalten. Er erklärte, daß er bereit sei, sich einem deutschen Gerichte zu stellen. Nachdem er ungefähr 5 Minuten gesprochen hatte, verschwand er wieder. Die Versammlungsleitung sperrte den Saal für einige Zeit ab, um zu verhindern, daß ein Teilnehmer die Polizei benachrichtige.

WTB. Berlin, 9. Juli. Der Berliner Verkehrs-freik geht weiter. In vier Versammlungen beschlossen gestern die Straßenbahner und ebenso die Hochbahner, den Ausstand fortzusetzen bis zur Erringung des Sieges. Der Bürgerrat wandte sich an den Reichswehrminister und empfiehlt, den Straßenbahnern ein Ultimatum zu stellen und durch freiwillig einzustellende Ingenieure und Techniker einen Teil der Bahnen wieder in Betrieb zu setzen.

Wetter.

Ein leichter Hochdruck beherrscht die Wetterlage und läßt für Mittwoch und Donnerstag großenteils heiteres, warmes, jedoch zu vereinzelten Gewitterstürmen geeignetes Wetter erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig & C. L. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Gaugenwald.

Das Sammeln von Beeren jeder Art

in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen ist für Auswärtige bei Strafe

verboten.

Den 8. Juli 1919.

Gemeinderat.

Altensteig.

— Frisch eingetroffen —

Dr. Oetkers Backpulver
Sinners Backpulver, Siegers Backpulver
Vanille-Zucker, Vanillin-Pulver
Backpulver mit Zitron u. Mandel-Aroma
Pfannkuchen-Pulver
Eigelb-Backpulver
Vollmer's Natron in Pakets
Marmelade-Pulver
Nährma-Creme-Speise
Vollmers-Pudding-Pulver
Annanas, Aprikosen, Citronen
Erdbeer, Mandel, Pfirsich

bei

Chr. Burghard jr.

Altensteig.

Maschinen-Öl

hell und dunkel

— von bester Schmierfähigkeit —
für leichte und schwere Maschinen

Centrifugen-Öl

Nähmaschinen-Öl

Fahrrad-Öl

Boden-Öl

— in guten Qualitäten —
laufen Private, Werkbesitzer und
Händler stets vorteilhaft bei

E. W. Lutz Nachfolger

Fritz Bühler jr.

Schwarzwald-Drogerie

Altensteig

— Telefon 41 —

empfiehlt

Bodenöl

Bremßenöl

Karbolinum

Altensteig.

Hanf- { Schnhmachergarn
Sattlergarn
Bindfäden

ist eingetroffen

W. Beeri.

Bruderhans-Bernd.

Einen Dutzend starke



Milchschweine

verkauft am Samstag, 12. d. M.,
nachm. 1 Uhr

G. Brenner.

Jüngeres, eheliches

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit bei
Familienanschluss und Mithilfe der
Hausfrau gesucht.

Frau Thella Veit, Zussenhausen
6. Stuttg., Lindenstr. 61.

Fußschweiß

ist höchst nasse Füße, welche Haut und
Wundlaufen, zerstört teure Strümpf und
Schuh und verbreitet furcht. übl. Geruch.
Dann fort damit! Santas-Passwasser
verhindert jede Schwelböld, trocken,
wärmt, konserv. Strümpf u. Fußsohl. u.
ist eine Wohltat u. Erleichterung f. Jedermann.
1 Flasche 4.20, 3 Flaschen 12.— Postf.
Santas-Verlag Heidelberg. [116.]

Statt Karten!
Calmbach-Engtal.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag, den 13. Juli 1919
im Gasthaus zum Waldhorn in Engtal
stattfindenden Hochzeit freundlichst einzuladen.

Wilhelm Lipp | **Mina Reule**
Sohn des | Tochter des
† Wilhelm Lipp | † Jakob Friedrich Reule
in Calmbach. | in Engtal.

Wir bitten dies statt jeder besonderen
Einladung entgegennehmen zu wollen.

Lüchtige Erdarbeiter

finden für längere Zeit Beschäftigung.

Schernbacher Sägmühle.

Pr.-Süddeutsche Klassen-Lotterie

214000 in 5 Klassen verteilte
Gewinne u. 2 Prämien über
72 Millionen Mark

Haustafeln u. Prämienverl.

800000
500000
300000
200000

Ziehungsabgabe
16. und 19. Juli 1919
1. Abteil 1 Viertel 1. Halbes 100000
= 5.25 10.50 21.— 42.—

Anteiliger Plan und
erklärende Schrift kostenlos
Bestellungen
erhalten baldigst

Fetzer

Wirt. Lotterie-Einnahme
Stuttgart, Friedrichstr. 66
Fernsprecher 10112 u. 10115
Postfachkonto 6350

Besenfeld.

Zuchtfarren-Verkauf.

Einen 17 Monate alten Zucht-
Farren hat zu verkaufen

Schultheiß Müller.

Habe noch 2 leichtere

Zweispänner-Mähmaschinen

mit Mittelfingerbacken abzugeben

Gg. Wackenhut, Calw
Maschinenwerkstätte, Tel. 142.
Maschinenlager und Laden
in der Biergasse Nr. 127.

Gefordert:

Effringen: Konrad Reck, Landwirt,
47 Jahre.
Wilsberg: Marie Wieland geb. Deuble
68 Jahre.

Dreschmaschinen

und

Buzmühlen

Futterschneidmaschinen und
Transmissionen
sowie

Brennholzkreissägen

empfiehlt

Gg. Wackenhut, Calw
Maschinenwerkstätte, Telefon 142.
Maschinenlager und Laden in der Biergasse Nr. 127.

Ämtlicher Taschenfahrplan

ist zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.

